

A stylized map of Moldova composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or regions.

Moldaus »pro-europäische« Misere

MATTHIAS JOBELIUS

November 2015

- Erneut ist in der Republik Moldau eine »pro-europäische« Regierungskoalition zerbrochen – die fünfte in sechs Jahren. Die Zustimmung zum EU-Integrationskurs ist derzeit auf einen Tiefststand gesunken. Die pro-europäischen Parteien und Teile ihres Führungspersonals gelten als unglaubwürdig, da sie den Staat in parteipolitische Machtbereiche aufteilten und wichtige Institutionen so in den Einflussbereich einzelner Oligarchen gelangten.
- Rund 80 Prozent der Bürger_innen geben in Umfragen an, die Republik Moldau bewege sich in die falsche Richtung. Die angespannte soziale Lage im Land, verbunden mit der Selbstbereicherung einiger Weniger sorgt für Wut und Massenproteste. Der Bevölkerung steht heute weniger Kaufkraft pro Kopf zur Verfügung als im Wendejahr 1990. Die Lebensmittelpreise steigen ebenso wie die Schulden; dem Land droht ein Staatsbankrott.
- »Pro-europäisch«, »pro-moldauisch«, »pro-russisch«? Viel entscheidender als das Etikett, das sich eine künftige Koalition geben wird, ist die Frage, ob sich die Regierung dem Gemeinwohl oder den wirtschaftlichen Interessen von Einzelpersonen verpflichtet. Sollten Partikularinteressen im Vordergrund bleiben, wird das Land nicht nur polarisierter, sondern künftig auch autoritärer regiert werden.

Es ist schwierig geworden, über die Republik Moldau zu schreiben. Schon bei einer kurzen Aufzählung der Staatskrisen und Regierungswechsel der vergangenen Jahre fühlen sich die Leser_innen an den letzten Akt eines Shakespeare-Dramas erinnert. Es sind Geschichten aus einem »Land am Abgrund«, wie der Generalsekretär des Europarates, Thorbjørn Jagland, es kürzlich in ungeohnter Offenheit in der *New York Times* formulierte.

Seit Oktober 2015 ist das Drama um eine Szene reicher, denn die »pro-europäische« Regierungskoalition ist zerbrochen – mal wieder. Jetzt ringen die pro-europäischen Parteien um die Bildung der dritten Regierung in nur zwölf Monaten und der sechsten pro-europäischen Koalition in sechs Jahren. Seit 2009 schließen sich die Demokratische Partei (PDM), die Liberaldemokraten (PLDM) und die Liberalen (PL) mal zu dritt, mal mit Abspaltungen wie der Volkspartei (EPPM) zu wechselnden Bündnissen mit klangvollen Namen zusammen, wie der »Allianz für Europäische Integration« (AEI), der »Koalition für Europäisches Regieren« (CEG) oder der »Allianz für das europäische Moldau« (APME).

Tiefe Krise nach sechs Jahren pro-europäischer Regierungen

Die Abfolge dieser Koalitionen ist eine Abfolge ungenutzter Chancen. Bei der Regierungsübernahme der pro-europäischen Parteien im Jahr 2009 gab es starke Unterstützung aus der Bevölkerung, eine EU-skeptische, aber keine pro-russische Opposition, offene Türen in Brüssel und Berlin sowie eine Modernisierungsagenda in Form des anvisierten und im Jahr 2014 unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU.

Heute sieht dies ganz anders aus: Die Zustimmung zum EU-Integrationskurs ist in der Bevölkerung auf rund 40 Prozent und damit auf einen Tiefststand gesunken; es gibt starke pro-russische Parteien, die Neuwahlen derzeit klar gewinnen würden; die pro-europäischen Parteien und Teile ihres Führungspersonals gelten als unglaubwürdig, da sie den Staat in parteipolitische Machtbereiche aufteilten und Institutionen wie die Steuerbehörde, die Strafverfolgungsbehörden und die Generalstaatsanwaltschaft so in den Einflussbereich einzelner Oligarchen gelangten.

Seit Monaten gibt es Massenproteste gegen die Regierung. Vor allem die angespannte soziale Lage im Land,

verbunden mit der Selbstbereicherung einiger Weniger sorgt für Wut. Der Bevölkerung steht heute weniger Kaufkraft pro Kopf zur Verfügung als im Wendejahr 1990. Für 2015 wird mit ca. 13 Prozent Inflation und einem Rückgang der Wirtschaftsleistung um ca. zwei Prozent gerechnet. Die Lebensmittelpreise steigen ebenso wie die Schulden; dem Land droht ein Staatsbankrott. Mehr als 80 Prozent der Bürger_innen geben in Umfragen an, dass sich die Republik Moldau in die falsche Richtung bewege.

Der Jahrhundertraub und der Kampf der Oligarchen

Wie konnten die pro-europäischen Parteien das Land so in die Krise treiben? Woher kommen die vielen Regierungswechsel und die seit 2009 andauernde Periode politischer Instabilität? Ursache der Misere ist, dass die pro-europäischen Parteien zwei Zielen dienen, die zueinander im Widerspruch stehen. Das in die Öffentlichkeit getragene politische Ziel ist die EU-Annäherung, verbunden mit dem Wunsch, einmal Mitglied der Staatengemeinschaft zu werden. Das machtpolitische Ziel ist die Sicherung der Interessen einzelner Oligarchen. Reformorientierte Akteure innerhalb der Parteien und Ministerien arbeiteten am ersten Ziel, der EU-Annäherung, und haben dabei Freiraum, solange sie nicht das zweite Ziel, den Machterhalt einiger weniger Oligarchen, unterlaufen. Doch beide Ziele sind auf Dauer unvereinbar. Sie kollidieren immer dann, wenn die EU-Annäherung verlangen würde, politische Korruption zu bekämpfen, die Justiz zu entpolitisieren, den Finanzsektor zu modernisieren oder für eine transparente Parteienfinanzierung zu sorgen. Wenn diese Ziele oder die Interessen einzelner Oligarchen in Konflikt geraten, knallt es. Die Folge sind Staatskrisen, Regierungswechsel und Neuwahlen. So geht das seit 2009.

Im Jahr 2015 knallte es allerdings besonders heftig. Kurz vor Jahresbeginn waren kriminelle Transaktionen bei drei moldauischen Banken in Höhe von einer Milliarde US-Dollar bekannt geworden; eine gigantische Summe, die deutlich über zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausmacht und nun verschwunden ist. Der »Jahrhundert-Raub«, wie er oft genannt wird, verursachte eine Finanz- und Wirtschaftskrise, die das ohnehin arme Land in die schwierigste soziale Lage seit der Unabhängigkeit brachte. Die illegalen Aktivitäten schienen von

Institutionen wie der Nationalbank, Aufsichtsbehörden und Strafverfolgungsbehörden zumindest gedeckt worden zu sein. Der von Moldaus Regierung beauftragte Bericht einer US-Wirtschaftsprüfungsgesellschaft argumentiert, dass eine organisierte Gruppe um den 28-jährigen Unternehmer Ilan Shor für die Veruntreuung verantwortlich zeichne. Mitte Oktober 2015 gab besagter Shor gegenüber dem Nationalen Zentrum zur Korruptionsbekämpfung (NACC) an, in den vergangenen Jahren Geld und Waren im Wert von ca. 250 Millionen Euro an den ehemaligen Premierminister und PLDM-Parteivorsitzenden Vlad Filat gegeben zu haben. Dieser habe im Gegenzug seinen politischen Einfluss geltend gemacht, um Shor umfangreiche Geschäftsmöglichkeiten zu eröffnen, darunter auch die Übernahme einer Bank, die später zur Umsetzung des Jahrhunderttraubs genutzt wurde.

Nun sitzt Filat im Gefängnis. Es ist die erste Verhaftung eines hochrangigen Politikers in der Republik Moldau wegen Korruptionsverdachts. Als Durchbruch bei der Korruptionsbekämpfung wird die Verhaftung im Land dennoch nicht gesehen, da die Generalstaatsanwaltschaft, die Filats Verhaftung betrieb, als Erfüllungsgelhilfin von Vlad Filats Rivalen, dem Unternehmer Vlad Plahotniuc, gilt. In den vergangenen Jahren war die politische Dynamik im Land vor allem von der Frage bestimmt, wie gut es den beiden Vlads gelang, ihre Interessen und Machtbereiche miteinander in Einklang zu bringen. Nun hat Plahotniuc den Machtkampf gewonnen. Filat sieht sich als Opfer politischer Justiz und sein Parteikollege, Premierminister Valeriu Strelet (PLDM), forderte im Oktober den Rücktritt des Generalstaatsanwalts und des Chefs der Anti-Korruptionsbehörde, die als Plahotniucs Leute gelten. Da Plahotniuc allerdings auch als heimlicher Chef des kleineren Koalitionspartners gilt, der Demokratischen Partei (PDM), vergiftet das Koalitionsklima zunehmend.

Die pro-russischen Sozialisten (PSRM) nutzten die Gunst der Stunde und stellten einen Misstrauensantrag gegen die Regierung. Der Antrag gewann die nötige Mehrheit, da die PDM gemeinsam mit der pro-russischen Opposition für ihn stimmte. So ging die fünfte pro-europäische Regierungskoalition unter Premier Strelet nach nicht einmal 80 Tagen im Amt zu Ende. Sie unterbot damit noch den Rekord der Vorgängerregierung, der vierten pro-europäischen Koalition unter Premier Chiril Gaburici, die sich rund 120 Tage hielt.

Proteste von allen Seiten

Die pro-europäischen Parteien, die nun versuchen, ein neues Bündnis zu schmieden, stehen von allen Seiten unter Druck. Ein heterogenes, aber weitgehend pro-europäisches Protestbündnis »Würde und Wahrheit« (DA) mobilisiert seit Monaten regelmäßig tausende Menschen auf die Straßen. Die DA fordert den Rücktritt des Präsidenten, Neuwahlen sowie Ermittlungen gegen nahezu alle Spitzenpolitiker_innen. Ihre Maximalforderungen verhindern allerdings, dass ein geordneter Dialog zwischen Protestbewegung und Regierung zustande kommt; doch zeigen sie zugleich, dass das einst enge Band zwischen pro-europäischer Zivilgesellschaft und pro-europäischen Parteien endgültig zerschnitten ist.

Die beiden größten pro-russischen Parteien, die Sozialisten (PSRM) um ihren Vorsitzenden Igor Dodon sowie »Unsere Partei« (PPP) des Unternehmers Renato Usatîi, organisieren ebenfalls Proteste. Beide Protestbewegungen eint der Wunsch nach einem Regierungswechsel und der Entmachtung der aktuell an den Hebeln der Macht sitzenden Oligarchie. Doch auch ein anderes Lager profitiert von der Glaubwürdigkeitskrise der pro-europäischen Parteien, die sogenannten »Unionisten«, die eine Vereinigung der Republik Moldau mit Rumänien fordern. Im Juli gingen tausende Unionist_innen für eine Vereinigung mit Rumänien auf die Straße. Im unionistischen Lager, das sowohl in Moldau als auch in Rumänien Anhänger_innen hat, sieht man die Vereinigung mit Rumänien als aussichtsreichsten Weg in die Europäische Union. Die Forderung nach einer Vereinigung mit Rumänien trägt jedoch auch zu einer weiteren Polarisierung im Land bei, da Moldaus pro-russische Parteien und Regionen einen solchen Schritt strikt ablehnen.

Neubewertung der Moldau in Brüssel und Berlin

Auch die EU hat ihre Bewertung der Republik Moldau an die Realität angepasst. Lange hielt Brüssel die Erzählung von der moldauischen »Erfolgsgeschichte« aufrecht, und im Bundeskanzleramt genoss die Republik Moldau unter den Länder der Östlichen Partnerschaft (ÖP) lange Zeit die größte Aufmerksamkeit, gepaart mit einem hohen Maß an persönlichem Engagement für das Land. Diese Zeiten sind nun vorbei. In Berlin und Brüssel herrscht Frustration und Kopfschütteln über Moldaus

pro-europäische Parteien. Die Weltbank suspendierte ihre Hilfen für den moldauischen Haushalt mit Verweis auf Betrug und Korruption im Finanzsektor. Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat eine Mission zu Verhandlungen über ein neues Abkommen mit der Regierung vorläufig abgesagt. Die EU wiederum hat ihre Budgethilfen gestoppt.

Wie geht es weiter? Drei mögliche Richtungen

Angesichts der Volatilität der politischen Entwicklungen in den vergangenen Jahren, der Instabilität des Landes und des schwierigen geopolitischen Umfelds sind Vorhersagen zur künftigen Entwicklung Kaffeesatzleserei. Es lassen sich aber Richtungen beschreiben, in die es in den kommenden Monaten gehen könnte. Bewusst ausgeklammert sind dabei Überlegungen zum Transnistrien-Konflikt und der geopolitischen Großwetterlage. Denn jede Regierungskrise der vergangenen Jahre wurde stets durch interne Faktoren, nie durch geopolitische Konstellationen oder externe Akteure ausgelöst.

Option 1 – Weiter so, nur autoritärer: Nach der Verhaftung von Filat gilt Vlad Plahotniuc als der mächtigste Mann der Republik Moldau, auch wenn er kein politisches Amt bekleidet. Sein Einfluss auf strategisch wichtige Organisationen, Sektoren und Personen gilt als entscheidend, seine finanziellen Mittel als unerschöpflich. Gut möglich also, dass die politische Dynamik im Land von seinem Versuch der Machtsicherung bestimmt bleiben wird. Möglich wäre dies durch ein »Muddling-through«, wobei eine neue »pro-europäische« Regierungskoalition, die weiterhin unter dem Einfluss der Oligarchie steht, begleitet würde von wachsender Frustration und zunehmendem Protest aus der Bevölkerung sowie deutlich abnehmender Unterstützung aus der EU. Die Östliche Partnerschaft würde der Regierung dabei weiterhin einen programmatischen Überbau, eine Legitimationserzählung und auch – ganz praktisch – ein Regierungsprogramm bieten, in Form der Umsetzung des Assoziierungsabkommens. Da die pro-europäische Erzählung jedoch inzwischen an Glaubwürdigkeit verloren hat, könnte ein Projekt der Machtsicherung auch – jetzt oder später – in einer neuen Allianz zwischen Demokratischer Partei (PDM), Kommunistischer Partei (PRCM) und einer der großen pro-russischen Parteien, vermutlich der Sozialisten (PRSM) enden. Aufgrund der wach-

senden Proteste im Land würde die Machtsicherung in beiden Fällen vermutlich autoritärer und schmutziger ausfallen als bisher. Anzeichen dafür hat es im Verlauf der vergangenen Monate schon einige gegeben.

Option 2 – Stabwechsel und Neuerfindung der pro-europäischen Parteien: Auch wenn er als starker Mann gilt, ist Plahotniuc angreifbarer geworden. Er agiert nicht länger im Verborgenen, sondern ist zu einer Person der öffentlichen Debatte und Kritik geworden. In aktuellen Umfragen ist er die Person, der mit dem größten Misstrauen begegnet wird. Sollte er, wann und durch welche Umstände auch immer, Einfluss verlieren, würde sich das pro-europäische Lager neu erfinden müssen. Es gäbe einen Stabwechsel und das entstandene Machtvakuum würde von anderen Personen gefüllt werden, was im besten Falle dem Reformlager unter den pro-europäischen Parteien mehr Bewegungsfreiheit eröffnen könnte. Zu einer Neuerfindung würde aber auch gehören, anzuerkennen, dass die EU-Integration kein Konsens im Land ist. Die bei Moldaus pro-europäischen Parteien kursierenden Überlegungen, einen Antrag auf EU-Beitritt zu stellen, gehören auf die ganz lange Bank. Stattdessen ist ein Brückenschlag zu den EU-skeptischen Bevölkerungsteilen dringend geboten, um die Einheit des Landes zu wahren.

Option 3 – Pro-russischer Wahlsieg: Gut möglich ist, dass es bei den nächsten regulären Wahlen im Jahr 2018 oder bei vorgezogenen Wahlen zu einer Regierungsübernahme von pro-russischen Parteien kommt. Die Machtverhältnisse im Land würden sich dadurch massiv ändern, ebenso wie die geopolitische Orientierung. Dann könnte allerdings eine noch stärkere Protestwelle das Land erfassen, getragen von den Bevölkerungsteilen, die in der EU das attraktivere Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für Moldaus Zukunft sehen und eine Hinwendung zu Russland strikt ablehnen.

»Pro-europäisch«, »pro-moldauisch«, »pro-russisch« – welches Etikett sich eine künftige Regierung aufdrückt, ist sicherlich nicht unerheblich; viel entscheidender ist allerdings, ob sich die Regierung dem Gemeinwohl oder den wirtschaftlichen Interessen von Einzelpersonen verpflichtet. Der Konflikt zwischen Gemeinwohl und Partikularinteressen ist fundamental und wird das Land auch in Zukunft begleiten. Egal welche der oben skizzierten Richtungen die Republik Moldau nehmen wird: Stabil und konfliktfrei wird es auch in Zukunft nicht werden.



Über den Autor

Matthias Jobelius ist Landesvertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Rumänien und der Republik Moldau.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:
info.moe@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN
978-3-95861-352-2